



BÜRGERVEREIN NÜRNBERG-SÜDOST E.V.

ÜBERPARTEILICHE, UNABHÄNGIGE VEREINIGUNG VON BÜRGERN DER STADTEILE
ALTENFURT, BIRNTHON, FISCHBACH, MOORENBRUNN
ZUR WAHRNEHMUNG ÖRTLICHER GEMEINWOHLINTERESSEN

Presseerklärung Zu Straßenausbaubeiträge nach KAG

Wenn kommunale Straßen saniert werden, verlangt die Kommune/Stadt von den Eigentümern/Anliegern Beiträge, die je nach Größe und Fläche des Anwesens nicht unerheblich sein können. Grundlage dafür sind die Straßenausbaubeitragssatzungen -STRABS-, die nach dem Kommunalabgabengesetz von der Stadt berechnet werden.

Dieses Abrechnungsverfahren kann sich bis zu 10 Jahren erstrecken. D. h. bei einem Verkauf einer Wohnung oder Haus können die neuen Eigentümer nach Jahren noch belastet werden.

Wir stellen die Wirtschaftlichkeit der Abrechnung und das Verfahren infrage. Rechnet sich das überhaupt? Diesen Bürokratismus kann man abschaffen.

Gerechtigkeit:

Der zahlende Eigentümer kann das Verkehrsaufkommen vor seinem Anwesen nicht beeinflussen. In der Stadt fahren und parken Lkw über Gehwege, werden Straßen und Gehwege bei Erschließungsmaßnahmen ständig aufgerissen und sehr oft nicht fachgerecht verschlossen!

Auf diesen Straßen fahren nicht nur die Haus- und Wohnungseigentümer, sondern alle, Personen, Firmen, usw.

Es kann nicht sein, dass es auf den Wohnort ankommt, ob man zahlen muss oder nicht. In Nürnberg fallen Beiträge an, in der näheren Umgebung wie Feucht oder Rednitzhembach nicht. Hier geht man bereits andere Wege!

Der Bürgerverein Nürnberg-Südost e.V. unterstützt daher die Bürgerinitiative zur Abschaffung der STRABS in Bayern. In einigen Bundesländern wurden sie bereits abgeschafft (z.B. Berlin).

November 2017